

Diagnose Österreich 2019

Ein Überblick von Einschätzungen und Empfehlungen internationaler Organisationen zur österreichischen Wirtschaftspolitik.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission (EK) stellen Österreich für seine Reformkraft ein gutes Zeugnis aus. Bisherige Maßnahmen haben sich positiv auf die wirtschaftliche Lage ausgewirkt, jedoch gibt es einige Empfehlungen für Reformen in verschiedensten Bereichen, die noch nicht umgesetzt wurden. Österreich hat mehrere Jahre einer sehr guten konjunkturellen Entwicklung hinter sich, welche sich jedoch langsam abkühlt. Dadurch schließt sich langsam ein ideales konjunkturelles Zeitfenster, in dem sich strukturelle Reformen gut umsetzen lassen. Mit diesen Reformen kann ein „Polster“ für schlechtere wirtschaftliche Zeiten aufgebaut werden. Wegen des drohenden Abschwungs drängt die Zeit, Reformen im Pensions-, Gesundheits-, oder Föderalismusystem umzusetzen.

Executive Summary

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich zusammengefasst auf einen Blick:

Wachstum, Innovation und Unternehmertum

- ➔ Innovation und Digitalisierung stärken, um Investitionen besser in Faktorproduktivitätswachstum umzuwandeln
- ➔ Strukturelle Herausforderungen für das Wachstum innovativer Unternehmen beheben (z.B. die Verfügbarkeit von Wagniskapital verbessern)
- ➔ Den ländlichen Raum besser mit High-Speed-Konnektivität versorgen

Fachkräfte und Bildung

- ➔ Die Zahl der Universitätsabsolventen technischer Fächer erhöhen
- ➔ Mehr Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeleistungen bereitstellen

Entlastung und Bürokratieabbau

- ➔ Die fiskalpolitischen Beziehungen zwischen Bund und Länder verbessern um Kosten zu senken und Reformen zu ermöglichen
- ➔ In einer Reform des Steuersystems mehr Arbeitsanreize einfließen lassen und Steuergerechtigkeit prüfen

Soziale Systeme

- ➔ Die Nachhaltigkeit des Pensionssystems und der Langzeitpflege absichern
- ➔ Die Gesundheitsversorgung bei gleichbleibend hoher Qualität modernisieren und effizienter gestalten




Was ist die Diagnose Österreich?

Die Diagnose Österreich bietet einen umfassenden Überblick über die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich aus Sicht der OECD, IWF und der EK.

Die Themenfelder sind:

- Wachstum und Unternehmertum
- Fachkräfte, Bildung und Migration
- Entlastung und Bürokratieabbau
- Soziale Systeme

Die Ausrichtung des Pfeils und die farbliche Ampel zeigt den Umsetzungsstatus der Empfehlungen:

-  Gute Fortschritte
-  Durchschnittlich
-  Wenig bis keine Fortschritte

Produktivität und Investitionen

Österreichs Faktorproduktivitätswachstum stagniert seit der Weltwirtschaftskrise und ist in den Sektoren Informationstechnologie und freiberuflicher Dienstleistungen zurückgegangen. Wie in Ausgabe [1/2017 der Wirtschaftspolitischen Blätter](#) genauer untersucht, gibt es für stagnierende Produktivität eine Vielzahl von Ursachen, wie z.B. stagnierende Investitionen oder die nicht funktionierende Umwandlung von Investitionen in Innovationen. Der Wachstumsrückgang ist in Österreich stärker als in ähnlichen Ländern wie z.B. Dänemark, Deutschland, Finnland. Auch wenn die Österreichische Wirtschaft 2018 schnell gewachsen ist, verstärkt Unternehmen gegründet wurden und massiv in Forschung und Entwicklung (F&E) investiert wird, bleibt das Produktivitätswachstum gering.

Der IWF erwartet für 2020 einen Rückgang der öffentlichen und privaten Investitionen relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Österreich. Diese würden von prognostizierten 25,9 % in 2019 auf 25,7 % in 2020 sinken. In der EU führt Irland mit 28,43 %. Seit 2010 hatte Österreich einen steigenden Trend bei den Investitionen. Trotz der wirtschaftlichen Eintrübung bleiben die Investitionsaussichten laut WKÖ Wirtschaftsbarometer (Sommer 2019) positiv, jedoch auf einem geringeren Niveau als im Herbst 2018. Besonders kleine Unternehmen äußern sich zurückhaltender. Ersatzinvestitionen sind der wichtigste Grund Investitionen zu tätigen, jedoch ist die Absicht Neuinvestitionen zu tätigen mit 49 % der befragten Unternehmen weiterhin hoch. Besonders groß ist die Absicht für Neuinvestitionen und Beschäftigungsausweitung bei großen Unternehmen.

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Arbeitszeit flexibilisieren	Flexibilisierung wird sich positiv auf Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit auswirken

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Innovation und Digitalisierung stärken, um Investitionen besser in Faktorproduktivitätswachstum umzuwandeln	Mehr Bemühungen sind nötig, um wissensintensive Sektoren zu unterstützen. Es soll ermöglicht werden, dass aus Innovationen marktfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen.
Die erfolgreiche Unternehmensnachfolge von KMU unterstützen	Es kam zu einer stärkeren Sensibilisierung des Themas und Maßnahmen (z.B. die Nachfolgebörse der WKÖ) wurden getroffen. Die Evidenzgrundlage sollte aber verbessert und Sensibilisierungsmaßnahmen ausgedehnt werden.
Strukturelle Herausforderungen für das Wachstum innovativer Unternehmen beheben	Mangel an Wagniskapital (insbesondere Spätphasenfinanzierungsoptionen), Investitionsbereitschaft und Fachkräften hemmt Wachstum

Digitalisierung und Innovation

Österreichs Innovationssystem hat sich in den letzten 20 Jahren rapide entwickelt. Zwischen 1998 und 2016 hat das Land die zweithöchste Zunahme an F&E Intensität aller OECD Länder. Die Ausgaben für F&E sind in Österreich in den letzten Jahren konstant angestiegen. Für 2019 wird erwartet, dass diese Ausgaben bei 3,19 % des BIP liegen werden. Treibende Kraft dahinter sind inländische Unternehmen, die

Was ist die Faktorproduktivität?

Sie misst die Effizienz mit der Kapital und Arbeitskraft zusammen eingesetzt werden aber auch technologischen Fortschritt.

Folgende Formel (in Cobb-Douglas-Form) beschreibt das gesamtwirtschaftliche Output (Y) als Funktion der Faktorproduktivität (c), des Kapital (K) und der Arbeit (A):

$$Y = c \times K^\alpha \times A^\beta$$

α und β beschreiben die Anteile von Kapital und Arbeit am Output.

Nach dieser Formel wächst das gesamtwirtschaftliche Output, wenn c, K oder A steigen.



Zwischen 2000 und 2017 war Österreich in der OECD an

2. Stelle

bei der Zunahme an F&E Intensität. Laut Statistik Austria werden die Forschungsausgaben in Österreich 2019 bei

3,19 %
des BIP liegen

2019 insgesamt 49 % der F&E-Intensität abdecken sollen. Die hohen F&E Ausgaben übertragen sich jedoch noch nicht im notwendigen Ausmaß in gesteigerte Innovationen.

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Die Digitalisierung besser koordinieren	Gründung der Digitalisierungsagentur und Ausschreibungen von „Digital Innovation Hubs“ verbessern die Koordinierung von Digitalisierungsmaßnahmen.
Barrieren (z.B. administrativer Aufwand für Gründungen) für Unternehmertum senken	Start-ups werden verstärkt unterstützt. Das kann sich positiv auf Innovation und Wettbewerb auswirken.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Digitale Technologien verstärkt in KMU verbreiten, um deren Produktivität zu steigern	KMU Digitalisierung nur begrenzt fortgeschritten. Das KMU Digital Förderprogramm wurde jedoch hierfür gestartet und wird stark in Anspruch genommen. Programm sollte ausgeweitet und verlängert werden.
F&E Kapazitäten ausweiten um die industrielle Basis zu stärken	Mehr Kapazitäten nötig in den Bereichen Industrie 4.0, „Artificial Intelligence“, „Big Data“ Analytik und deren Anwendungen in der Produktion.
Wirtschaft und Forschung besser vernetzen (z.B. Forschungsk Kooperation, Technologietransfer, KMU in Forschungsprojekte einbinden)	Gut entwickelt aber ausbaufähig. Die Zusammenarbeit sollte speziell für bahnbrechende Innovationen in strategischen Bereichen besser koordiniert werden.
Forschungskarrieren stärken und attraktiver gestalten	Die eingeleiteten Verbesserungen müssen international noch sichtbarer gemacht werden um herausragende Forscher anzulocken . Das Tenure-Track Modell wurde noch nicht auf das gesamte Universitätssystem ausgeweitet. Würde internationale Anerkennung erhöhen.
Ländlichen Raum besser mit High-Speed-Konnektivität versorgen	Derzeit verstärkt sich der regionale digitale Graben. Die Versorgung im ländlichen Raum hinkt den urbanen Zentren hinterher.

Die Ausschreibung der geplanten **Digital Innovation Hubs** sind laut EK ein Schritt um digitale Technologien in KMU zu verbreiten.



Was ist das Tenure-Track Modell?

Es beschreibt ein Modell in dem bereits bei der Ausschreibung von Professuren die Zusagen besteht, nach einer befristeten Bewährungszeit an der eigenen Hochschule und einer Evaluierung einen unbefristeten Vertrag zu erhalten.

Finanzsektor & Finanzielle Stabilität

Das österreichische Finanzsystem ist stabil und hat sich seit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise deutlich verbessert. Insbesondere die Kapitalisierung der heimischen Banken hat sich an ihre internationalen Wettbewerber angepasst und wird vom IWF als nachhaltig eingestuft. Der Fokus sollte auf einer gesteigerten Kosteneffizienz liegen, bei der nur eingeschränkt Fortschritte gemacht wurden.

Die Kreditvergabe hat sich vom Nachkrisenniveau erholt. Sowohl an private als auch Unternehmen wurden wesentlich mehr Kredite vergeben, bei gleichzeitig geringerer Schuldenlage im Vergleich mit ähnlichen Volkswirtschaften. Die Profitabilität österreichischer Banken hat sich in 2017 und 2018 verbessert. Heimische Banken gehören weiterhin zu den wichtigsten Marktteilnehmern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. In Österreich wurden viele in Fremdwährungen denominatede Wohnungsbaudarlehen aufgenommen, die bei Wechselkursschwankungen ein Risiko darstellen können.

Der heimische Finanzplatz wurde in den letzten Jahren **wesentlich stabiler**

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Reduzierung von Schwachpunkten im Bankensystem	Fortschritte durch stärkere Kapitalisierung und Verbesserung der Asset-Qualität und Stärkung der Finanzierungsbasis ausländischer Niederlassungen In den 2018er Stresstests zur Risikotragfähigkeit hatten österreichische Institute bessere Resultate als ihre Mitbewerber
Stärkung der regulatorischen Aufsicht des Immobilienmarktes	Ende 2017 wurde die Rechtsgrundlage für immobilienpezifische makroprudenzielle Instrumente in der Finanzmarktaufsicht (FMA) geschaffen
Den Fokus der FMA auf die Stärkung von Geschäftsmodellen international aktiver Banken legen	Wurde umgesetzt. Nur sollte stärker auf Rationalisierungen, Kostensenkung, IT Investitionen, etc. fokussiert werden.



Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Bindende Ziele für bürgerschaftsfähige Schulden einführen	Der Einheitliche Abwicklungsausschuss der EU und die FMA führen diese bindenden Ziele im Laufe von 2019 ein
Kapitalpuffer heimischer Banken weiter erhöhen	Kapitalisierung liegt im Bereich der internationalen Wettbewerber. Eine Erhöhung wird jedoch empfohlen, um gegen große widrige Ereignisse gewappnet zu sein
Das Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsrahmenwerk weiter stärken (AML/CFT)	EU Geldwäscherichtlinien wurden umgesetzt, weitere stehen zur Umsetzung an

Der Einheitliche Abwicklungsausschuss –

auch Single Resolution Board genannt – hat die Aufgabe insolvenzbedrohte Finanzinstitute mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die öffentlichen Finanzen ordnungsgemäß abzuwickeln.

Ebenso entwirft der Ausschuss einheitliche Regeln und Vorgehensweisen für alle teilnehmenden Länder. Das sind alle EU Länder bis auf Schweden und Großbritannien.

Dienstleistungen

Die Produktivität des heimischen Dienstleistungssektors bleibt unter ihren Möglichkeiten. Der Bereich der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen weist erhöhte Ineffizienz des Arbeitskräfteeinsatzes auf, insbesondere in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Dadurch erhöhen sich die Lohnstückkosten, wodurch für österreichische Exporte ein Wettbewerbsnachteil entsteht.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Die Regulierung des Dienstleistungssektors umfassend überprüfen	Änderung der Gewerbeordnung brachte Verbesserungen durch erweiterte Nebenrechte. Weitere Verbesserungen auch bei freien Berufen möglich.
Beschränkungen für bestimmte Berufsgruppen beseitigen	Wurden noch nicht beseitigt. Weiterhin restriktiv, z.B. bei Architekten, Bauingenieuren, Rechtsanwälte oder Patentanwälten. Beispielsweise können Beschränkungen für interdisziplinäre Unternehmen aufgehoben werden, um die Zusammenarbeit zwischen Berufsgruppen zu stärken.



Bildung

Laut der letzten verfügbaren Zahlen der OECD, betragen 2015 die öffentlichen Bildungsausgaben in Österreich 4,6 % des BIP. Damit lag das Land stabil über dem EU- und OECD-Durchschnitt, jedoch entsprechen die Ergebnisse noch nicht dem Ausgabenniveau. Bildungsergebnisse werden weiterhin überproportional durch den sozioökonomischen und/oder migrantischen Hintergrund beeinflusst. Im Ausland geborene Schüler verlassen die Schule immer noch mehr als dreimal häufiger vorzeitig als einheimische SchülerInnen (18,4 % vs. 5,3 %). Laut der PISA Studie der OECD hat sich die Leistung der 15-Jährigen in Österreich in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften im Vergleich zu 2012 verschlechtert. 21 % galten in den Naturwissenschaften und 22 % in den Bereichen Lesen und Mathematik als leistungsschwach.

In der tertiären Bildung erzielt Österreich gute Ergebnisse, regionale Unterschiede bleiben jedoch bestehen. Die Ergebnisse der Bundesländer gleichen sich einander an. Die Steiermark hat z.B. ihre Absolventenzahlen zwischen 2012 und 2017 verdoppelt. Jedoch werden österreichweit zu wenig IT Spezialisten ausgebildet.

Im Ausland geborene Kinder verlassen die Schule

3x häufiger
vorzeitig, als einheimische SchülerInnen

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Qualität der Fachhochschulen (FH) halten	Der FH Sektor befindet sich in einer Expansionsphase. Die derzeit hohe Qualität soll beibehalten werden.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Verstärkt in allgemeine und berufliche Bildung investieren um Wachstum und Produktivität zu stärken	Die Verdoppelung des Umsetzungszeitraums für verschränkte Ganztagschulen bei gleichbleibenden zusätzlichen Mitteln in Höhe von 750 Mio. EUR, von 2019/2020 bis 2032/33 im Bildungsinvestitionsgesetz, verlangsamt deren Expansionsprozess.
Verstärkt in erschwingliche Kinderbetreuungsdienste und frühkindliche Entwicklung investieren	Eine 15a Vereinbarung zwischen Bund und Ländern garantiert zwischen 2018/19 und 2021/22 jährlich 180 Mio. € für Maßnahmen zur frühkindlichen Entwicklung durch mehr Personal, jedoch teilweise auf freiwilliger Basis. Die EK kritisiert das Fehlen einer langfristigen Vision.
Die Zahl der Universitätsabsolventen technischer Fächer erhöhen	In den MINT-Fächern werden derzeit nicht genügend Personen ausgebildet um die Nachfrage der Wirtschaft abzudecken. Insbesondere in der IT.



Arbeitsmarkt

Verstärkte Anstrengungen sind nötig um die Arbeitslosigkeit auf das Vorkrisenniveau zu senken. Österreich ist von seinem vormaligen Spitzenplatz zurückgefallen und liegt inzwischen mit erwarteten 4,6 % für 2019 nur mehr auf dem 9. Platz in der EU. Um die Arbeitslosigkeit langfristig und nachhaltig zu senken sind Maßnahmen nötig, die darauf abzielen, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Es ist jedoch anzumerken, dass die Beschäftigung in Österreich zwischen 2011 und 2017 um

Bei der Arbeitslosigkeit ist Österreich 2019 mit 4,6 % auf den

9. Platz

in der EU zurückgefallen

5,1 % gestiegen ist, da vor Allem mehr Frauen aber auch Migranten und ältere Menschen in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. Zwischen 2011 und 2017 ist der Anteil an nicht-österreichischen Staatsbürgern an der Erwerbsbevölkerung von 11,5 % auf 16,2 % angestiegen. Verminderte Bemühungen zur Integration von Migranten kann deren potentiellen Beitrag zur Wirtschaft vermindern und Sozialausgaben erhöhen. Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen liegt in Österreich mit 71,5 % (2. Quartal 2018) über dem EU Schnitt von 67,4 %.

2017 hatten

16,2 %

der Erwerbsbevölkerung Österreichs eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Bildung verbessern um die Beschäftigungsfähigkeit zu stärken	Das duale Bildungssystem und die jüngste Erhöhung der Pflichtschulzeit bis zum 18. Lebensjahr wurden vom IWF sehr positiv bewertet.
Regionale Unterschiede am Arbeitsmarkt besser berücksichtigen	Auf regionale Unterschiede in Bezug auf unbesetzte offene Stelle wurde mit einer regionalen Mangelberufliste stärker eingegangen.
Hürden für qualifizierte Arbeitskräfte reduzieren	Die Rot-Weiß-Rot Karte wurde modernisiert und vereinfacht um qualifizierte Arbeitskräfte leichter anzuwerben.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Strukturelle Maßnahmen treffen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen	Innovation und Wettbewerb stärken, um die Nachfrage nach Arbeitskräften langfristig zu erhöhen (siehe Kapital Wachstum und Unternehmertum).
Migranten besser in den Arbeitsmarkt integrieren. z.B. durch Unterstützung beim Erwerb von Qualifikationen und Sprachkenntnissen	Im Ausland geborene Arbeitskräfte haben derzeit in Österreich bei gleichem Bildungsniveau wie einheimische Staatsbürger, eine höhere Arbeitslosigkeit. Ausländische Universitätsabsolventen werden nur in einem geringen Ausmaß gehalten.
Mehr Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeleistungen bereitstellen	Die derzeitige Gestaltung der Kinderbetrieungsdienste und des familienbezogenen Urlaubs sind nicht ausreichend, um zur Chancengleichheit von Männern und Frauen beizutragen. Ein Anspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung sollte früher beginnen und eine ausreichende Stundenzahl pro Woche umfassen





Entlastung und Bürokratieabbau

Finanzen

Die Staatsverschuldung ist seit 2016 relativ zum BIP zurückgegangen. Durch die allmähliche Konsolidierung des Staatshaushalts würde sich dieser Trend weiter fortsetzen, vorausgesetzt die Konjunktur entwickelt sich ebenso positiv. Auf mittlere bis längere Sicht wird der fiskalische Druck durch die Alterung der Bevölkerung die öffentlichen Finanzen jedoch zunehmend belasten. Um fiskalischen Spielraum zu erhalten und zu erweitern, kann das derzeitige Zeitfenster genutzt werden, um Reformen durchzuführen.

Generell könnten tiefgreifende Strukturreformen dazu beitragen, das Wachstumspotenzial Österreichs zu erhöhen. Die Struktur des österreichischen Föderalismus beinhaltet kaum strikte Budgetregeln für die Bundesländer. Dadurch bestehen nur begrenzte Anreize zur effizienten Gestaltung öffentlicher Ausgaben, welche auf Länderebene nicht durch eigene Einnahmen, sondern durch Zuweisungen vom Bund finanziert werden. Dadurch besteht ein erhebliches Missverhältnis zwischen der Einnahmenerhebung und der Verantwortung für die Ausgaben im Vergleich zu anderen föderalen Systemen wie Deutschland oder der Schweiz.

Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Die Effizienz im Gesundheitswesen steigern, um fiskalpolitischen Handlungsspielraum langfristig zu sichern	Die Auswirkungen der Zusammenlegung von Sozialversicherungen beginnen sich erst zu entfalten (siehe Kapitel Gesundheitssystem).

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Die von der früheren Regierung geplanten Reformen umsetzen	Die geplanten Reformen und verbesserte Fiskalposition hätten über die nächsten fünf Jahre zu einem Rückgang der Staatsschulden um mehr als 15 Prozentpunkte geführt.
Die fiskalpolitischen Beziehungen zwischen Bund und Länder verbessern um Kosten zu senken und Reformen zu ermöglichen	Verbesserungen durch das Finanzausgleichsgesetz 2017. Kann aber nicht als wichtiger Schritt zu mehr Steuerautonomie oder einer transparenteren Kompetenzverteilung gesehen werden.
	Das derzeitige komplexe System von Steuerverteilung, Transfers und Ausgabenkompetenzen zwischen Ländern und dem Bund macht es Bürgern schwierig ihre Landesregierungen zur Verantwortung ziehen.
	Eine weitreichende Verfassungsreform steht ganz oben auf der politischen Agenda, wird jedoch nur eingeschränkt umgesetzt. Beispielsweise umfasste das Kompetenzbereinigungspaket nur wenige Politikbereiche

Konsequentes Umsetzen geplanter Reformen würde die Staatsschulden um **15 %-Punkte** reduzieren



Steuerlast

Derzeit befindet sich Österreichs Steuer- und Abgabenlast im Vergleich zu anderen EU-Ländern deutlich über dem Durchschnitt. Durch die Anpassung der Tarifstufen

durch die Steuerreform 2016 und kleinerer Anpassungen in 2018/19 wurde ein Trend eingeleitet, der durch die für 2020 vormals geplante Steuerreform fortgesetzt werden hätte sollen. Das Ziel der früheren Regierung die Steuer- und Abgablast in Richtung 40 % zu senken wäre ebenso positiv zu bewerten. Nichtsdestotrotz werden in Österreich die Steuerklassen nicht automatisch an die Inflation angepasst. Durch diese „kalte Progression“ liefen Belegungseffekte auf den Konsum, die durch frühere Steuerreformen ausgelöst wurden, schnell wieder aus.

Das Ziel der früheren Regierung eine Steuer- und Abgablast in Richtung

40 %

zu erreichen erfordert tiefgreifende Struktur-reformen



Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Abgaben- und Sozialversicherungsbeiträge auf geringe Einkommen weiter senken	Die gesunkenen Sozialversicherungsbeiträge auf geringe Einkommen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Senkungen sind geplant. Der für 2019 eingeführte Familienbonus senkt die Steuerlast.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
In einer Reform des Steuersystems mehr Arbeitsanreize einfließen lassen und Steuergerechtigkeit prüfen	Österreich verfügt über geringe gesellschaftliche Ungleichheit und Armut, dennoch muss ein Steuersystem regelmäßig mit Bedacht auf die Balance zwischen Steuergerechtigkeit und Arbeitsanreizen überprüft werden.
Das Steuersystem auf seine Wachstumseffekte prüfen	Österreich hat laut der EU Kommission Spielraum zur Verlagerung der Besteuerung vom Faktor Arbeit auf weniger wachstumshemmende Bereiche.

Exkurs: Die Empfehlungen des Fiskalrates

Für die Jahre 2019 und 2020 prognostiziert der Fiskalrat auf Grund eines hohen Abgabenaufkommens einen Budgetüberschuss von jeweils 0,4 % des BIP und hält fest, dass die frühere Regierung eine prozyklische Fiskalpolitik vermied. Das strukturelle Budgetsaldo inkl. „anrechenbarer“ Maßnahmen wird 2019 und 2020 als 0,1 % prognostiziert, wodurch die EU-weiten Fiskalregeln eingehalten werden.

Besonders bei den Gesundheitsausgaben sowie bei jenen für die Alterspensionen ist jedoch eine sehr dynamische Entwicklung erkennbar, wodurch ihr Anteil an den gesamtstaatlichen Ausgaben in den letzten Jahren konstant stieg. Sollte sich die Wirtschaftslage verschlechtern oder das Zinsniveau steigen, würden es durch diese Ausgaben schwieriger werden, die EU-weiten Fiskalregeln einzuhalten.

Der Fiskalrat empfiehlt ähnliche wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die internationalen Organisationen. Es wird betont, dass Reformen gut auf ihre defiziterhöhenden Effekte abgeschätzt werden müssen und Gegenfinanzierungsmaßnahmen nötig sind, um die langfristigen Budgetziele nicht zu gefährden. Priorität haben für den Fiskalrat Strukturreformen wie z.B.: (1) Die föderalen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern effizienter gestalten; (2) Transparenz erhöhen, (3) das Transfergeflecht vereinfachen, und (4) Mischfinanzierungen reduzieren.

Der Fiskalrat hält fest, dass auf Grund der Neuwahl des Nationalrates im September 2019 derzeit keine Reformen im Staatssektor zu erwarten sind. Ebenso wird unterstrichen, dass nach der Konstituierung einer neuen Regierung, zügig eine Budgetpolitik festgelegt werden soll, die Stabilitätsziele verfolgt und deren Auswirkungen präzise quantifiziert.

Gesundheitssystem

In den letzten 5 Jahren sind in Österreich die Gesundheitsausgaben überdurchschnittlich gewachsen. Dieses Wachstum wird auch in den nächsten Jahren nach derzeitigen Prognosen stärker ausfallen, da die Alterung der Gesellschaft fortschreitet. Der Ausgabenzuwachs betrug laut dem Fiskalrat im Jahr 2017 3,6 %.

Die Gesundheitsausgaben wuchsen im Jahr 2017 mit

3,6 %

überdurchschnittlich stark



Umgesetzte Empfehlungen	Kommentare internationaler Organisationen
Die Primärversorgungszentren ausbauen, um stationäre Versorgung weniger stark in Anspruch zu nehmen	Der Ausbau läuft. Die Finanzierung dieser Zentren wird durch die EU Kommission und Europäische Investitionsbank unterstützt.
Das Sozialversicherungssystem reformieren	Die Reform der Sozialversicherungen sollte die Effizienz erhöhen.
Die Gesundheitsversorgung bei gleichbleibend hoher Qualität modernisieren und effizienter gestalten	Die flächenmäßige Einführung der Elektronische Gesundheitsakte läuft noch bis Ende 2019 und wird voraussichtlich zu wesentlichen Kosteneinsparungen führen.

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Die Gesundheitsversorgung bei gleichbleibend hoher Qualität modernisieren und effizienter gestalten	Die Ressourcennutzung ist seit langem ineffizient. Die Sekundärversorgung durch Krankenhäuser und Fachärzte wird im Vergleich zu anderen EU Ländern übermäßig in Anspruch genommen.
Gesundheitsbezogene Ausschreibungen besser gestalten um Probleme des kleinen Marktes zu überkommen	Ein großer Teil der Ausschreibungen für Gesundheitsequipment erhielt nur ein einziges Gebot. EU-weite Ausschreibungen könnten durch gemeinsame Ausschreibungen auf regionaler Ebene besser genutzt werden.

Pensionen und ältere Arbeitnehmer

Laut Statistik Austria sollen zwischen 2017 und 2070 der Anteil der über 75-Jährigen an der Bevölkerung von 9,2 % auf 17,5 % ansteigen. Der Altersabhängigkeitsquotient soll von 27,8 % in 2017 auf 49,6 % in 2070 steigen. Dies bedeutet, dass im Jahr 2017 auf jeden von der Erwerbsbevölkerung abhängigen noch über 2 Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, im Jahr 2070 wird auf jede Abhängige nur noch eine Person im erwerbsfähigen Alter kommen. Das Pensionssystem erfordert laufende Reformen um den langfristigen Ausgabendruck zu senken.

Der Altersabhängigkeitsquotient

beschreibt den Anteil der Bevölkerung, die wirtschaftlich von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abhängen. z.B. Pensionisten oder Schüler

Empfehlungen internationaler Organisationen	Kommentare internationaler Organisationen
Altersbedingte Armutsrisiken überprüfen und entgegenwirken	Obwohl die Pensionen im Allgemeinen angemessen sind, ist das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung für Frauen über 65 Jahre höher als für Männer, was hauptsächlich auf die geschlechtsspezifische Kluft bei den Pensionen auf Grund des gesetzlichen und faktischen Pensionsalters zurückzuführen ist.

Bis 2070 steigt der Anteil der über 75-Jährigen an der Bevölkerung von 9,2 % in 2017 auf

17,5 %



Die Nachhaltigkeit des Pensionssystems durch strukturelle Maßnahmen erhöhen	Unter allen EU Ländern hätte die automatische Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung in Österreich den stärksten Effekt auf die Pensionsausgaben. Die Ausgaben würden durch die automatische Anpassung 2070 um 2,4 Prozentpunkte geringer ausfallen.
	Im Mittelpunkt von Reformen stand die Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters durch die Beschränkung des Zugangs zur Frühpension. Es wurden jedoch keine Maßnahmen zur Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters ergriffen.

FAZIT Österreich hat in vielen Bereichen bereits wichtige und notwendige Fortschritte erzielt. Um die langfristige Tragbarkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen und Effizienzsteigerungen zu ermöglichen, besteht die Notwendigkeit zur Umsetzung struktureller Reformen noch bevor sich das gute konjunkturelle Zeitfenster schließt.

Referenzen

- Europäische Kommission, 2019. *EMPFEHLUNG DES RATES zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2019 mit einer Stellungnahme des Rates*, Brüssel: EU.
- European Commission, 2018. *The 2018 Ageing Report*, Brussels: European Union.
- European Commission, 2019. *Country Report Austria. 2019 European Semester: Assessment of progress on structural reforms, prevention and correction of macroeconomic imbalances, and results of in-depth reviews under Regulation (EU) No 1176/2011*, Brussels: European Commission.
- Fiskalrat Austria, 2019. *Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2018 bis 2023*, Wien: Fiskalrat.
- IWF, 2018. *Austria: 2018 Article IV Consultation. IMF Country Report No. 18/272*, Washington: IWF.
- OECD, 2018. *Austria. OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2*, Paris: OECD.
- OECD, 2018. *OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018*, Paris: OECD.
- OECD, 2019. *Key Policy Insights Draft*, Paris: OECD.
- WKÖ, 2018. *Wirtschaftsbarometer Winter 2018*, Wien: WKÖ.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Harald Mahrer
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche Interessen-
vertretung.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider,
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung
Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich,
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik,
Leitung: Dr. Christoph Schneider,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045
Wien, wko.at/wp, whp@wko.at,
Autoren/Ansprechpartner:
Florian Koller, MA, MSc
florian.koller@wko.at
Tel: 05 90 900-3402
Devin Bicer, MA
devin.bicer@wko.at
Tel: 05 90 900-4280